

Stellungnahme zum Kabinettsbeschluss

## **Nationale Wirtschaftsschutzstrategie**

Berlin, 15. April 2026



# Wirtschaftsschutz stärken: Industrielle Basis und Resilienz zusammendenken!

Die geopolitischen Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen Jahren und Monaten grundlegend und mit immer größerer Geschwindigkeit verändert und verschlechtert. Ein Krieg mitten in Europa, zunehmende Systemkonkurrenz, geopolitische Spannungen, Handelskonflikte, unfaire Handelspraktiken von Drittstaaten und hybride Bedrohungen – und all das bei wachsender Instrumentalisierung wirtschaftlicher Abhängigkeiten – zeigen deutlich: Wirtschaftliche Stärke ist heute zentrale Voraussetzung nationaler und europäischer Sicherheit. Gleichzeitig haben die jüngsten Krisen erneut die Verwundbarkeit globaler Lieferketten offengelegt. Vor diesem Hintergrund ist eine Nationale Wirtschaftsschutzstrategie nicht nur notwendig, um wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, technologische Souveränität und industrielle Resilienz gezielt zu sichern, sie ist unerlässlich. Insofern begrüßt die Wirtschaftsvereinigung Stahl (WV Stahl) den Kabinettsbeschluss zu einer Nationalen Wirtschaftsschutzstrategie. Positiv hervorzuheben ist insbesondere, dass wirtschaftliche Sicherheit als Bestandteil nationaler Sicherheitsvorsorge verstanden wird und der Schutz von Industrie, Innovation, Forschung und Know-how stärker in den Fokus rückt. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die Widerstandsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu stärken.

Die Strategie bleibt allerdings in einem zentralen Punkt unvollständig: Die strategische Bedeutung der industriellen Basis – insbesondere der Grundstoffindustrie – wird bislang nicht ausreichend berücksichtigt. Dabei bilden Grundstoffe wie Stahl das Fundament nahezu aller industriellen Wertschöpfungsketten und sind unverzichtbar für Bau und Infrastruktur, Energieanlagen, Maschinenbau und Mobilität sowie für sicherheits- und verteidigungsrelevante Anwendungen. **Entscheidend ist dabei nicht nur die Bedeutung des Vorprodukts an sich, sondern die Frage, wo und unter welchen Bedingungen es verfügbar ist:** Hochspezialisierte Stähle – etwa Panzerstahl und andere sicherheitskritische Qualitäten – werden heute von nur wenigen Anbietern in Deutschland und der EU produziert. Ohne diese Kapazitäten lassen sich zentrale sicherheitsrelevante Systeme wie etwa gepanzerte Fahrzeuge, U-Boote, Munition, vorgefertigte Teile oder geschützte Infrastrukturen nicht herstellen. Eine verlässliche, europäisch verankerte Versorgung mit diesen Vorprodukten ist daher eine zentrale Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität, für industrielle Handlungsfähigkeit und für gesellschaftliche Resilienz. **Die Sicherung entsprechender Produktionskapazitäten ist folglich nicht nur eine industriepolitische Aufgabe, sondern eine Frage wirtschaftlicher Sicherheit und strategischer Souveränität.**

Aktuelle sicherheitspolitischen Debatten machen deutlich: Resilienz bedeutet mehr als Diversifizierung. Militärische und zivile Systeme basieren auf eng verflochtenen industriellen Lieferketten, in denen Stahl eine Schlüsselrolle spielt. Störungen in der Versorgung mit Grundstoffen wirken entlang der gesamten Wertschöpfungskette fort und können kritische Infrastrukturen ebenso wie die Verteidigungsfähigkeit unmittelbar beeinträchtigen. **Sichere und belastbare Lieferketten sind eine Frage strategischer Autonomie.**

Vor diesem Hintergrund greift der Ansatz der Nationalen Wirtschaftsstrategie, Resilienz primär über Diversifizierung und Risikomanagement zu stärken, zu kurz. **Resilienz erfordert auch, Abhängigkeiten von Drittstaaten gezielt zu reduzieren und eigene industrielle Kapazitäten aufzubauen und zu sichern.** Gerade bei Grundstoffen wie Stahl ist die Vorstellung austauschbarer globaler Bezugsquellen nicht tragfähig. Geopolitische Spannungen, handelspolitische Maßnahmen oder Krisensituationen können Lieferströme kurzfristig einschränken oder unterbrechen. Eine wettbewerbsfähige heimische und europäische Stahlproduktion ist daher eine zentrale Voraussetzung für Versorgungssicherheit und strategische Autonomie.

Zugleich wird die Rolle von Klimaschutz für wirksame Resilienz bislang nicht ausreichend berücksichtigt. **Der Umbau zur emissionsarmen Stahlproduktion ist nicht nur ein Beitrag zur Erreichung der Klimaziele, sondern auch ein wesentlicher Baustein für die Zukunftsfähigkeit und Stabilität industrieller Wertschöpfung in der EU.** Klimaneutrale Produktionsprozesse reduzieren langfristig Abhängigkeiten – etwa von fossilen Energieträgern – und stärken die Robustheit industrieller Systeme gegenüber regulatorischen, wirtschaftlichen und geopolitischen Risiken. Klimaschutz wird damit selbst zu einem Element von Resilienz.

In diesem Zusammenhang bleibt insbesondere das fehlende Bekenntnis zur Absicherung europäischer Produktion eine zentrale Leerstelle der Nationalen Wirtschaftsstrategie. Resilienz kann nicht allein durch Diversifizierung gewährleistet werden. Es braucht vielmehr aktive politische Unterstützung von außen und von innen: Notwendig sind zum einen wirksame Maßnahmen, die die negativen Effekte globaler Überkapazitäten, unfairem Wettbewerb und Carbon Leakage wirksam zu begegnen und somit ein *level playing field* für die heimische Grundstoffindustrie zu schaffen. Zum anderen muss die Nationale Wirtschaftsstrategie auch die gezielte Stärkung heimischer und europäischer Wertschöpfung („Made in EU“) mit umfassen. Nur wenn zentrale Vorprodukte wie Stahl in Europa produziert werden, lassen sich Lieferketten stabilisieren, Innovationsprozesse sichern und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit langfristig gewährleisten.

Aus Sicht der Stahlindustrie sollten daher folgende Punkte Eingang in die Nationale Wirtschaftsstrategie finden:

- **Anerkennung der Grundstoffindustrie als strategischer Bestandteil wirtschaftlicher Sicherheit und Resilienz sowie Sicherung wettbewerbsfähiger Produktionskapazitäten in Deutschland und Europa bei zentralen Vorprodukten wie dem Stahl.**
- **Konsequentes Vorgehen gegen globale Überkapazitäten und unfaire Handelspraktiken, die den Wettbewerb verzerren.**
- **Wirksame Vermeidung von Carbon Leakage zur Sicherung industrieller Wertschöpfung und zur Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs unter klimaneutralen Zielsetzungen.**
- **Verlässliche und investitionsfördernde industriepolitische Rahmenbedingungen für den Hochlauf klimaneutraler Stahlproduktion in Europa.**

Eine starke europäische Grundstoffindustrie ist eine zentrale Voraussetzung für stabile Lieferketten, industrielle Innovationsfähigkeit und wirtschaftliche Sicherheit. Wirtschaftliche Resilienz beginnt bei der industriellen Basis – und damit bei einer starken europäischen Stahlproduktion „Made in EU“.

**Ihre Ansprechpartner:innen**

Tobias Aldenhoff | Leiter Wirtschafts- und Außenhandelspolitik  
+49 151 16891028 | [tobias.aldenhoff@wvstahl.de](mailto:tobias.aldenhoff@wvstahl.de)

Charlotte Zinke | Referentin Rechts- und Sicherheitspolitik  
+49 151 159 40 801 | [charlotte.zinke@wvstahl.de](mailto:charlotte.zinke@wvstahl.de)



WIRTSCHAFTS  
VEREINIGUNG **Stahl**

**Wirtschaftsvereinigung Stahl**  
Französische Straße 8  
10117 Berlin

+49 30 2325546-0

info@wvstahl.de  
www.wvstahl.de

Mitglied im

